

Kosovo

Franz-Lothar Altmann

Kosovo hat sich am 17. Februar 2008 durch einen Beschluss seines Parlaments als von Serbien unabhängiger und selbstständiger Staat erklärt und ist potenzieller EU-Beitrittskandidat. Seine Unabhängigkeit wird bis heute von Serbien und fünf EU-Mitgliedstaaten (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) nicht anerkannt, letztere aus vorgeblich völkerrechtlichen Gründen, in Wirklichkeit aber wegen eigener innerstaatlichen Separationsfurcht. Diese Nichtanerkennung verhindert auch die nächsten Schritte, das heißt die Ernennung zum offiziellen Beitrittskandidaten und die Aufnahme von Kapitelverhandlungen. Trotzdem ist die Europäische Union im Kosovo durch ihren Sonderbeauftragten (European Union Special Representative, EUSR) und die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX als Teil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) aktiv.

Annäherung an Europa

Die meisten EU-Mitgliedstaaten unterhalten Botschaften in Pristina oder entsprechende Verbindungsbüros. Zwischenzeitlich ist zwar am 1. April 2016 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Kosovo in Kraft getreten, der Europäische Rat konnte sich aber auf dem Treffen im Juni 2019 nicht auf die sehnlichst erwartete Visumfreiheit für den Schengenraum einigen. Serbien, das die Selbstständigkeitserklärung des Kosovo nicht anerkennt, ist bereits offizieller Beitrittskandidat und hat schon Verhandlungen über die 35 Kapitel mit Brüssel begonnen, kann aber ebenso wie das Kosovo kein Mitglied der Europäischen Union werden, solange die Statusfrage mit dem Kosovo ungeklärt ist. Falls Serbien sich unter dem endgültigen Druck der Europäischen Union nach Abschluss der Kapitelverhandlungen doch zu einer wie auch immer Art der Anerkennung des Kosovo entschließen sollte, bleibt die Frage, wie sich dies dann auf die Positionierung der fünf EU-Mitgliedstaaten auswirken würde.

Um in dieser schwierigen Konstellation Fortschritte im Verhältnis zwischen Belgrad und Pristina zu erzielen, beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 8. März 2011, einen sogenannten technischen Dialog zwischen Belgrad und Pristina unter Vermittlung der Europäischen Union zu beginnen. Im Laufe der verschiedenen Verhandlungsrunden wurden Vereinbarungen unter anderem über die freie Bewegung von Personen und Personenkraftwagen, die Überlassung von Personal- und Liegenschaftsdokumenten seitens Belgrad, die gegenseitige Anerkennung von Universitätsabschlüssen, über eine Beendigung von Handelsembargos oder die Errichtung von Verbindungsbüros in den jeweiligen Vertretungen der Europäischen Union in Belgrad und Pristina unterzeichnet.

Wachsende Spannungen zwischen Serbien und Kosovo

Zunehmend aber beschuldigen sich beide Seiten der Nichterfüllung geschlossener Vereinbarungen, wobei sich in den letzten Monaten drei schwergewichtige Streitthemen entwickelten. Zum einen betreibt Belgrad eine überaus aktive Außenpolitik mit dem Ziel, Staaten, die das Kosovo bereits anerkannt haben, zu überreden, diese Anerkennung

zurückzunehmen, was bei einigen Südpazifikstaaten auch gelang. Pristina ist andererseits nicht bereit, die grundsätzlich vereinbarte Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Bevölkerungsmehrheit im Kosovo zu institutionalisieren, solange Serbien nicht das Kosovo als selbstständig anerkennt. Hier spricht Belgrad von einem klaren Bruch der in Brüssel getroffenen Vereinbarung. Der dritte Streitbereich betrifft die Teilnahme und Vertretung Pristinas in internationalen Organisationen. Auch dies wurde grundsätzlich in den Brüsseler Gesprächen seitens Belgrad akzeptiert. Kommt es jedoch zu entsprechenden Anträgen Pristinas, unternimmt Serbien alle möglichen Interventionen, um eine Mitgliedschaft des Kosovo wie beispielsweise kürzlich bei der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) oder der Europäischen Rundfunkunion (EBU) zu verhindern.

Kosovo reagierte überraschend am 21. November 2018 mit der Einführung eines Zolls von 100 Prozent auf alle Importe aus Serbien und auch aus Bosnien und Herzegowina. Belgrad weigert sich seither, den Brüsseler Dialog wieder aufzunehmen und Pristina erklärt kategorisch, es würde den Importzoll erst dann wieder zurücknehmen, wenn Serbien Kosovo anerkannt habe. Um diese beidseitige Blockade aufzuheben, ergriffen Frankreich und Deutschland die Initiative und luden für den 29. April 2019 die Präsidenten und Ministerpräsidenten des Kosovo und Serbiens zu einem Treffen nach Berlin ein. Hierbei und auch bei anderen Gelegenheiten förderten die Europäische Union (zum Beispiel beim Treffen der EU-Außenminister am 18. Juni 2019) und die Vereinigten Staaten von Amerika Pristina mehrfach auf, die Importzölle zurückzunehmen, da diese gegen die Vereinbarungen des Zentraleuropäischen Freihandelsabkommens (CEFTA) verstößen.

Mangels ersichtlicher Gesprächsbereitschaft wurde das für den 1. Juli 2019 in Paris angekündigte Folgetreffen kurzfristig abgesagt. Zwischenzeitlich hatte allerdings auch das Verfassungsgericht in Pristina das neu gebildete kosovarische Verhandlungsteam für den Brüsseler Dialog als nicht verfassungsgemäß erklärt. Vertreter der serbischen Bevölkerung in Nord-Kosovo riefen zum 28. Juni 2019 zu einem totalen Boykott albanischer Waren auf, als Versuch, eine humanitäre Notlage als Druckmittel zu erzwingen. Am 2. Juli 2019 unterzeichneten die Außenminister Albanien und des Kosovo in Tirana sodann eine Vereinbarung, die die Zusammenlegung von diplomatischen Vertretungen im Ausland beinhaltet. Belgrad interpretiert dies empört als einen weiteren Schritt zur Bildung eines Groß-Albanien. Für Aufregung sowohl im Kosovo als auch in Serbien hatten zudem Geheimverhandlungen zwischen den beiden Staatspräsidenten Hashim Thaçi (Kosovo) und Aleksandar Vučić (Serbien) über einen möglichen Gebietsaustausch geführt, der aber in beiden Ländern von den Parteien und der Bevölkerung heftig abgelehnt wird.

Ausblick

Die Europäische Union, deren Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini über die Jahre hinweg versucht hatte, vermittelnd zwischen Belgrad und Pristina zu wirken, bestimmte als Nachfolger Mogherinis den Spanier Josep Borrell, eine Wahl, die Kosovo beunruhigt. Nicht nur ist Spanien einer der fünf EU-Mitgliedstaaten, die Kosovos Unabhängigkeit nicht anerkennen. Borrell, obgleich selbst Katalane, sprach sich auch in Spanien vehement gegen Kataloniens Unabhängigkeitsbestrebungen aus.

Weiterführende Literatur

Roger Boyes/Suzy Jagger: *New State, Modern Statesman. Hashim Thaci – a Biography*, London 2018.

Veton Surroi: *EU and Russia: Kosovo-Serbia Negotiations*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 02/2019, S. 63-70.